

Luzerner Tagblatt



Freisinniges Organ

Hauptanzeigebblatt für Stadt und Kanton Luzern

und die übrige Zentralschweiz

Ähntundvierzigster Jahrgang

Abonnementpreise:

Durch die Post bezogen	3 Monate	6 Monate	12 Monate
	Fr. 3. 40	Fr. 6. 40	Fr. 12. 30
Zur Luzern zum Abholen	3. —	6. —	12. —
Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.	2. 50	5. —	10. —

Insertionspreise:

Die einseitige Zeile für einen Monat: 8 Cts.
 Total-Anzeige 10 Cts., Wiederholungen 8 Cts.
 Karten-Luzern, Urantonen, Zug u. angrenzender Teil des Kantons 12
 übrige Schweiz und Ausland 15
 Preis der Retraite-Zeile (Zeit-Beilage): 50 Cts.

Redaktions-Bureau: Bahnhofstr. Nr. 11
 Gratz-Verlag
 Expedition-Bureau: Bahnhofstr. Nr. 22
 Gratz-Verlag

Die heutige Nummer enthält 12 Seiten.

Inhalt des zweiten Blattes: Schweiz. — Ausland.

Vor hundert Jahren.

29. Januar.

Berücksichtigung der Stadtalter und Unterhaltalter zur Vereinfachung ihrer Amtsbefugnisse bezüglich der Aufsicht über die Verwaltung des Wohlstandes. Begründung (Wahl) wird auf sein wiederholtes Verlangen als Direktor entlassen. Statt seiner wird Wäg (von Bern, schon einmal Direktor) gewählt.

Stimmkarte

für die

Gemeindeabstimmung vom 29. Januar 1899

Stimmt Ihr dem Initiativbegehren um Einführung des proportionalen Wahlsystems für den Großen Stadtrat zu?	Antwort: Ja oder Nein.
Nein.	

Nochmals ergeht an alle liberalen Wähler die dringende Aufforderung, gütlich an der Urne zu erscheinen und den Stimmzettel mit Nein zu überschreiben.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das „Nein“ auf den Stimmzettel in der betreffenden Kolonne geschrieben und der beschriebene Bettel ins Couvert gelegt werden muß.

Es ist nicht erlaubt, Anträge, auch wenn sie deutlich ein „Nein“ tragen, ins Couvert zu legen. Solche Stimmen sind ungültig.

Jeder komme und schreibe

Nein!

Zur Abstimmung vom 29. Januar.

Berte Mitbürger!

Rühmigen Gedenks wird über das Initiativbegehren betreffend Einführung des proportionalen Wahlsystems für den Großen Stadtrat abgestimmt werden. Erscheint zahlreich an den Urnen und schreibt ein kräftiges

Nein!

Der Proporz ist verfassungsmäßig; der § 95 unserer Kantonsverfassung schreibt vor, daß alle Wahlen entweder durch geheimes absolutes Mehr oder durch das offene Mehr zu erfolgen haben — das proportionale Wahlsystem ist ausgeschlossen.

Der Proporz beruht auf der falschen Voraussetzung, daß alle Stimmberechtigten einer der bestehenden Parteien angehören. Jeder Wähler kann beim Proporz seine Stimme nur denen geben, die auf einer Parteiliste stehen. Die Zusammenfassung seiner Stimme an einen andern, wenn er noch so sehr sein Vertrauen besitzt, ist ungültig. Eine solche Vereindeutigung der Wahlfreiheit mag bei politischen Wahlen noch weislich sein; bei Wahlen in eine Verwaltungsbefehde, wie der Große Stadtrat eine ist, erscheint sie ausgeschlossen.

Es ist beim Proporz kein Wahlsystem vorhanden, das befriedigen würde. So wissen unsere Nachbarn von Zug heute noch nicht, wer am 20. November mit dem famosen Proporzverfahren in der Regierungsrat gewählt wurde. Noch viel unheilvoller wirkte der Proporz in der Stadt Bern. Dort gelang es den Sozialisten schon bei zwei Wahlsiegen, durch Abstimmänderung einer Anzahl „gemäßigter“ Genossen die Vertrauens-

männer der Freisinnigen wegzuwählen. Dafür kommen dann solche in den Rat, wie z. B. der berühmte Moor, die in Tat und Wahrheit nicht hinein gehören.

Sollen auch in Luzern solche Zustände herbeigeführt werden?

Würde der Proporz die Mehrheit erhalten, so wäre das nur der Anfang endloser Kämpfe, zunächst über die Verfassungsmäßigkeit des neuen Wahlsystems vor den kantonalen und eidgenössischen Instanzen. Und erst wenn das entschieden, würden die langwierigen Fäulnisse um das Wahlsystem, das gewählt werden soll, sich abspielen: ob mit oder ohne Kumulation, ob Panachieren zulässig sei oder nicht, oder ob das reine Listensystem angewendet werden soll!

Mitbürger! Wir haben in der gegenwärtigen Zeit Mächtigeres zu tun! Große Aufgaben, wie nie zuvor, harren der Lösung, die nur durch einträchtiges Zusammenwirken aller einsichtigen Bürger zu gutem Ende geführt werden können!

Wer im jetzigen Augenblick die parteipolitischen Interessen über die öffentlichen stellt, ist schlecht beraten!

Wenn das Wohl und die Zukunft der Stadt Luzern am Herzen liegen, der eilt am Sonntag zur Urne und schreibt ein entschiedenes

Nein!

Luzern, den 24. Januar 1899.

Das liberale Komitee.

Heber das Fiasko der Abrüstungskonferenz wird uns aus St. Petersburg geschrieben:

Eine buntpfarbig schillernde Seifenblase haben wir das gegen den Waffenpanzer Europas gerichtete Zarenmanifest gleich bei seinem Erscheinen genannt, und leider haben wir recht behalten: entweder geht die Abrüstungskonferenz in die Brüche, noch bevor sie zu Stande kommt, oder wenn sie wirklich noch das Licht der Welt erblickt, wird sie sich als lebensunfähige Frühgeburt erweisen, die ohne viel Geschrei wieder von der Weltbühne verschwinden und ohne Gang und Klang begraben wird. Selbst in Rußland beginnt die Begeisterung für die Abrüstungsdeklaration abzuflauen, und es hat allen Anschein, daß man jetzt resigniert erst einmal eine Konferenz darüber abhalten will, ob es überhaupt geraten ist, zur Zeit eine Abrüstungskonferenz einzuberufen. Sollte man auf diesem Wege zu dem Beschluß gelangen, die Herren mit der Friedenspfeife erst „später“ zusammen treten zu lassen, so dürften sie bis dorthin ihr Vieleinverderben haben. Denn schon der Altmeister Götze sagte: „Begeisterung ist keine Springschwamm, die man einpackt auf viele Jahre.“

Graf Murawiew, der russische Minister des Auswärtigen, war gleich von vornherein ein Gegner der Friedenskonferenz des Zaren — er war klug und erfahren genug, um das Fiasko voraus zu sehen, dem man mit diesem Manifeste verfallen würde, sobald eine praktische Ausführung in Frage käme. Aber der junge Zar hatte sich in diese Idee verdrückt, und auch er hat das lateinische Sächgen gelernt: „Sic volo, sic jubo.“ So will ich, so befehle ich.“ Da war also nichts zu machen; das verblüffende Schriftstück wurde losgelassen. Die Zeitungen kamen ganz aus dem Häuschen, überboten sich in Lobpreisungen des jungen Zaren, dem sie dieser einen Tat wegen die Unsterblichkeit in der Weltgeschichte zuschrieben. Und doch hatte er in seinem Manifeste eigentlich nichts gesagt — was nicht auch von anderer Seite schon hundert und tausend mal gesagt worden war. Aber weil er es gesagt, das sollte ihn unsterblich machen. Doch heute schon redet kein Wähler mehr von dieser Unsterblichkeit — eine gute Beragemerkmale bekommt der junge Zar allerdings immer noch; man nennt sein Friedensmanifest eine „hochherzige“ Tat, wenn auch, wie man kleinlaut beifügt, wenig oder nichts dabei herauskam. So ist's, eitel Dummheit war's.

Noch während die Tagespresse ihre Zarenlobreden sang, wurde in einer Petersburger diplomatischen

Abendgesellschaft ganz einmütig die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Frage einer allgemeinen Abrüstung zur Zeit überhaupt nicht einmal diskutabel sei. Und hier wie in Berlin und Paris, in Rom und in London hat man gleich von Anfang an das Zarenmanifest überhört nicht ernst genommen. Nur die Person seines Uebersetzers scherte ihm noch eine gewisse „eheliche“ Beachtung.

Selbst in Rußland schüttelt man den Kopf über den schreienden Widerspruch, der zwischen dem Friedensmanifest des Kaisers und den fortgesetzten russischen Abrüstungen besteht. Der Kopf schüttelt nach ist die Armer unaufhörlich im Wachsen begriffen, und ihre Waffen sind heute denen jeder andern Armee mindestens ebenbürtig. Auch die Kriegsstärke wird unaufhörlich vergrößert, und Nikolaus II. hat bald nach dem Erscheinen seiner Friedenskonferenz ausgesprochen, wie sehr er von der Notwendigkeit durchdrungen sei, die Flotte so bald als möglich in die Lage zu setzen, den ihr obliegenden Aufgaben gerecht werden zu können. Außerordentlich große Mittel hat er deshalb in neuester Zeit wieder zum Ausbau der Marine flüssig machen lassen, und der Marine-Gesetz wurde noch einen außerordentlichen Zuschuß von etwa 130 Millionen Rubel. Wie reimt sich das mit dem Abrüstungsversprechen?

Natürlich haben sich die übrigen Großmächte Europas aus reiner Hochachtung vor dem Zarenmanifest nicht daran hindern lassen, auch ihrerseits, gerade so wie Rußland, mit den Abrüstungen fortzufahren. England ist unausgesetzt bei der Arbeit, um seiner Kriegsstärke die altüberbrachte weltberühmte Stellung zu sichern, die Franzosen machen erneute Anstrengungen zur Vermeidung ihres Defizits, wie auch zur Verhinderung ihrer Flotte, und dieser Lage erst wurde im deutschen Reichstage eine von der Regierung eingebrachte neue Heeresvorlage gar nicht ungnädig aufgenommen — sogar die seither opponierenden Parteien fanden ab von ihren früheren scharfen Protesten, und die vermutete Verschiebung der Abrüstungsfrage gegen die neue Militärvorlage ist so gut wie ganz unterblieben. Also nirgends ein Erfolg, nirgends eine Wirkung der russischen Friedensbotschaft. Die Herren Potentaten machen ihr anstandslos die pflichtschuldigste Referenz, kümmern sich aber sonst keinen Pfifferling darum.

Was nun? Wie ohne Blamage aus der Sachlage wieder herauskommen, in die man sich mit der Freigebung der Friedenskonferenz verurteilt? Graf Murawiew mußte seinen Herrn und Weiser bedenken und verständigte nun ein Arbeitsprogramm der in unglücklicher Höhe zwischen Himmel und Erde schwebenden Konferenz. Vor allem verlangte er, daß die Land- und Seestreifen der Großmächten von einem gewissen Zeitpunkt an nicht weiter vergrößert werden sollten. Ein ganz pyramidalen Umfang, der, wenn man ihn ernst nehmen wollte, sofort zu den schwersten Konflikten und Herabwürdigungen führen müßte. Denn wollte man auch die Zahl der Soldaten, Gewehre und Kanonen für eine Reihe von Jahren nicht vermindern, so bliebe gleichwohl auch innerhalb des bestehenden äußeren Rahmens doch noch ein weites Feld für die innere, mehr oder weniger unkontrollierbare Vergrößerung der Wehrkraft. Neue Feuerwaffen, Explosivstoffe oder kräftigere Pulverorten sollen nicht in Gebrauch genommen, und die Verwendung der schon vorhandenen Explosivstoffe soll eingeschränkt werden. Die Staaten sollen also auf die Annäherung der Erfindungen und des technischen Fortschrittes zur Sicherung ihrer Existenz verzichten. Daran ist so wenig zu denken, als an die Blöße der Armbrust oder zur Steinwürfer, womit der kleine David den Riesen Goliath selig erlegte. Nach dieser Richtung ist das Land des ewigen Friedens niemals gelang. Von all den Vorschlägen, die das Murawiew'sche „Arbeitsprogramm“ der Abrüstungskonferenz enthält, haben nur diejenigen Sinn und Bedeutung, die sich darauf beschränken, mit der traurigen Notwendigkeit eines eventuellen Krieges das größtmögliche Maß von Humanität zu verbinden, ohne einem der Gegner nach Art der Quelle militärisch verabredete Kampfesvorschriften aufzuerlegen. Das ist aber keine Abrüstungskonferenz.

Das hat auch Graf Murawiew empfunden, und von der Ungültigkeit seines „Arbeitsprogramm“ überzeugt, hat er ganz neuerdings ein weiteres Rundschreiben zu dem Abrüstungskonferenz des Zaren erlassen, in dem er zunächst beklagt, daß inzwischen der politische Horizont sich einem andern Wandel bekommen habe; mehrere Mächte seien zu neuen Abrüstungen geschritten und bemüht sich, ihre militärischen Kräfte noch zu erhöhen. Angesichts dieser betrübenden Tatsache und im Hinblick auf die Unsicherheit der Lage fragt der edle Graf, ob die Mächte den gegenwärtigen Moment für geeignet halten möchten, um an eine internationale Verständigung in der fallenden Friedenskonferenz entwickelten Ideen heranzutreten.“ Doch gibt der Minister die Hoffnung nicht auf, daß wenigstens ein „vorläufiger Ideen-austausch“ statthabe und dergl. mehr.

Das ist so gut wie zur Wirklichkeit gegeben. Das Fiasko der Abrüstungskonferenz ist besiegelt, ob sie nun zu Stande kommt oder nicht. Seit Jahrzehnten sind wir dem Wollereiben kaum um einen Schritt näher gerückt, und was eine jahrbüchelange Entwicklung der Wollerei vermochte, das vermag noch viel weniger ein schönwilliges Schriftstück, selbst wenn es von dem mächtigsten der Erdenherren ausgeht. Der wenn die tatsächlich bestehende und sich immer mehr entwickelnde Gemeinwohl großer Interessen der Nationen zu machtvollstem Bewußtsein gekommen sein wird, dann erst, aber nicht früher, wird die Morgenröthe des Wollereibes anbrechen. Bis dahin aber wird man die gewonnene Sand zum Schutze des Eigenen bereit halten müssen.

Schweiz.

Luzern. Die Wähler werden aufmerksam gemacht, daß sie schon Samstag abend zwischen 4 und 6 Uhr stimmen können im Stadtratssaal (am Löwengraben).

— Zur Abstimmung. (Eingef.) Wer noch etwas echtes Schweizerblut in seinen Adern fühlt, der stimmt Nein. Durch Annahme des Proporzverfahrens verliert jeder sein natürliches Stimmrecht, er kann nicht mehr nach alter Weise wählen und stimmen, er ist nicht mehr Herr seiner Stimmabgabe, sondern fällt als eigenmächtiger Stimmrecht der einen oder anderen Gruppe zu. Das schönste, heiligste, republikanische Recht der freien Stimmabgabe fällt dahin.

Wer dabei seine republikanische Rechte wahren will, schreibt, ob Liberal oder Konfession, ein kräftiges

Nein!

— (Eingef.) Der Proporz wird im Namen der politischen Gerechtigkeit gefordert; jede Partei bekomme genau das, was ihr gehört. Ist das in Zug, in Bern, in Genf bei den Proporzwahlen wirklich der Fall gewesen? Es heißt der Wahrheit einen Faustschlag versetzen, wenn man angesichts der dortigen Wahl-Resultate von einem gerechten Wahlsystem sprechen darf. Und leben in einem Staate nur Parteimänner? Haben die Mitbürger — es ist eine große Zahl — die sich von allem Parteilieben fernhalten, keine Rechte?

Nach meiner Meinung soll auf sie mindestens sozial Rücksicht genommen werden als auf die Rabau-Grüder, die unter Anführung fremder „Grossen“ uns die Ordnung machen wollen.

— Proporz. Das „W.“ behauptet, in Luzern gebe es keine Nooz; sein „Niederzugstun“ muß ihm sogar aus Bern schreiben, dort seien die Konfessionen mit den Sozialisten sehr wohl zufrieden.

Wie finden, es seien hier schon Wähler und Gegner genug.

Was die Berner anbetrifft, so wissen wir, daß alle Geschäftsleute, mögen sie liberal oder konfessionell sein, es verabsäumen, das Nooz, Wallulze zu im Stadtrat gewissermaßen offiziell die Arbeiter gegen ihre Meister und Arbeitgeber aufzuweisen. In den Werksstätten, auf den Bauplätzen schäufeln die „Herren Großindustriellen“

Dies sollen sie in Bern haben, wo man sie wollen, wie wollen es nicht.